

Faksimile

Region

Jetzt erst recht Steuern senken

Bürgerliche machen nach USR-III-Reform Druck auf SP-Finanzdirektorin Eva Herzog
Von Mischa Hauswirth

Basel. Die Freude über den errungenen Kompromiss bei der Unternehmenssteuerreform III in Bern dürfte für Eva Herzog (SP) nicht lange anhalten. Auf die basel-städtische Finanzdirektorin kommen in ihrem Heimatkanton bereits Forderungen zu, die ihr kaum passen werden. Der BDP-Grossrat und Finanzpolitiker Michel Rusterholtz sieht nach dem Durchbruch im nationalen Parlament die bisherige Argumentation von Herzog, weshalb sie im Stadtkanton die Steuern nicht senken will, als von der Aktualität überholt: «Da es sich abzeichnet, dass aufgrund der USR III nun eine konstruktive Lösung gefunden wurde, muss ich feststellen, dass die im Vorfeld angekündigten Schreckensszenarien von immensen Steuerausfällen nichts weiter als Propaganda waren.» Rusterholtz redet in diesem Zusammenhang von der «Drohfinger-Rhetorik» der Eva Herzog.

Zur Erinnerung: Die Finanzdirektorin hatte sich in der Vergangenheit stets gegen Steuersenkungen mit dem Argument gewehrt, die USR-III-Reform bringe finanzielle Ungewissheiten für die kantonale Staatskasse mit sich. «Um die USR III im Interesse der Wirtschaft und des Kantons umsetzen zu können, benötigt der Kanton den nötigen finanziellen Handlungsspielraum. Diesen Spielraum leichtsinnig aufs Spiel zu setzen, ist finanzpolitisch unvernünftig», sagte sie.

Rusterholtz hingegen findet, dass die Regierung jetzt erst recht handeln muss. «Bei der aktuellen Finanzlage und insbesondere den nun nicht schwerwiegenden steuerlichen Folgen für den Kanton sind Entlastungen für die Steuerzahlenden angezeigt. In der Vergangenheit hat sich immer wieder erwiesen, dass eine Erhöhung der Steuerattraktivität zu mehr Steuereinnahmen führt, da vermehrt Nettosteuerzahlende in den Kanton ziehen.»

GLP-Grossrat Dieter Werthemann, der bereits vor Wochen einen politischen Vorstoss für eine Steuersenkung eingereicht hat, verlangt ebenfalls, nun möglichst rasch zu handeln: Der Regierungsrat solle das zweckgebundene Betriebsergebnis einfrieren. Er verweist auf die verschwenderische Ausgabenpolitik von Rot-Grün: «Lieber wird der Staat weiter ausgebaut und es werden noch mehr Staatsstellen geschaffen, als tatsächlich zu sparen. Wir müssen das Wachstum unbedingt stoppen.»

Der Blick in den Finanzplan zeigt, dass für das Jahr 2019 über 100 Millionen Franken mehr für das zweckgebundene Betriebsergebnis vorgesehen sind, als heute schon aufgewandt wird. Konkret heisst das: Der Staat bekommt 100 Millionen Franken zusätzlich. «Das zweckgebundene Betriebsergebnis stieg in den letzten acht Jahren um etwa 20 Prozent, und dies bei nahezu keiner Teuerung», sagt Werthemann. Im Vergleich mit anderen Kantonen würden die Basler Haushaltsausgaben überdurchschnittlich wachsen. Werthemann rechnet vor, dass mit einem Wachstumsstopp die Steuern sofort ein Prozent gesenkt und der Mittelstand so entlastet werden könnte.

SP soll auf Referendum verzichten

Finanzdirektorin Herzog liess bereits durchblicken, dass sie für eine Reduktion der Ausgaben nicht zu haben ist – auch nicht nach dem USR-III-Kompromiss. Im BaZ-Interview vom 15. Juni sagte sie, dass es «auf keinen Fall» ein Sparpaket geben dürfe. Zumindest im bürgerlichen Lager darf Herzog mit dieser Haltung nicht auf grossen Rückhalt hoffen. «Wir müssen schauen, was die USR III für Basel-Stadt konkret bedeutet», sagt FDP-Grossrat Christophe Haller zwar vorsichtig. «Falls es aber wirklich zu keinen Änderungen in den Steuereinkünften führt, müssen wir die zurückgestellten Steuersenkungen bei den Gewinnsteuern im Unternehmensbereich und bei den Einkommens- und Vermögenssteuern im Privatbereich wieder aufnehmen. Ich sehe eindeutig Handlungsbedarf.»

Patricia von Falkenstein, Präsidentin der LDP Basel-Stadt, will zuerst abwarten, was genau die USR-III-Reform für Basels Kasse bedeutet, bevor sie definitiv Stellung bezieht. «Der Grosse Rat, die Wirtschaft und auch die Öffentlichkeit müssen jedoch über alle Auswirkungen informiert werden, auch über allfällige finanzielle Spielräume, die es erlauben würden, den Mittelstand zu entlasten und andere wichtige Staatsaufgaben ausreichend zu finanzieren, beispielsweise die Universität», sagt von Falkenstein. Insbesondere erwartet sie von der Finanzdirektorin, dass sie die SP von einem Referendum abhält.

«Das Volk wird getäuscht»

Selbst die SP Basel-Stadt lehnt Steuersenkungen nicht mehr kategorisch ab, wie sie das lange getan hat. SP-Grossrätin Tanja Soland schlägt aber einen anderen Weg vor als Werthemann. Sie hält die Steuersenkungen, wie die Bürgerlichen sie wollen, «für unverantwortlich» und fordert stattdessen, den abzugsfähigen Freibetrag bei den Steuern für alle zu erhöhen. Um die drohenden Einnahmeverluste zu kompensieren, will sie Einkommen ab 200 000 Franken stärker besteuern als bisher. «Aufgrund der absehbaren Steuererleichterungen von Unternehmen und KMU ist es jetzt wichtig, dass die USR III nicht zuungunsten der natürlichen Personen umgesetzt wird. Zudem wollen wir im Gegensatz zu den Bürgerlichen verhindern, dass nur die gut verdienenden Personen profitieren, sondern wirklich die ganze Bevölkerung entlastet wird», sagt Soland.

Selbst wenn die Sozialdemokraten jetzt mit einem Steuersenkungsvorschlag kommen – der einmal mehr die bereits stark entlasteten unteren Einkommen begünstigt, den Mittelstand allerdings kaum oder nicht wirklich –, traut Werthemann dem vermeintlichen Gesinnungswandel nicht. Er hält es für viel wahrscheinlicher, dass die SP mit diesem Vorstoss nur auf den immer grösser werdenden Unmut in der Bevölkerung über die wachsende Steuerbelastung reagiert und den durch die Eigenmietwerterhöhung verärgerten Mittelstand besänftigen will. «Das Volk wird getäuscht und mit diesem Vorstoss hintergangen», sagt Werthemann. Das zeige sich nicht zuletzt daran, dass die Sozialdemokraten einen Anzug eingereicht haben, ein relativ unverbindliches politisches Instrument. «Der Regierungsrat hat nun zwei Jahre Zeit und muss lediglich prüfen und berichten, was er von einer solchen Steuersenkung hält», sagt Werthemann. «Konkretes darf man davon nicht zwingend erwarten und wenn die Antwort erfolgt, sind die Wahlen längst vorbei.»